

Wodak, Ruth (2020): *The Politics of Fear. The Shameless Normalization of Far-Right Discourse*. SAGE.

Stefanie Palm

Fördern und Zensieren

Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus

Göttingen: Wallstein Verlag, 2023. – 592 S.

ISBN 978-3-8353-3480-9

(Reihe: Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945; Bd. 7)

Die Kultur- und Medienpolitik des westdeutschen Bundesinnenministeriums (BMI) zwischen 1949 bis 1970 untersucht Stefanie Palm in ihrer im Rahmen eines ministeriumsgeschichtlichen Kooperationsprojekts des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für Zeitgeschichte entstandenen Dissertation. Sie fragt mit dem Gegensatzpaar „Fördern und Zensieren“ nach Initiativen des BMI zur bundeseinheitlichen „Kontrolle und Lenkung, [...] Regulierung und Gestaltung der Medienöffentlichkeit“ (S. 13). Besonders die BMI-Kulturabteilung fokussierend erkundet Palm medienpolitisches Verwaltungshandeln mit konzeptionell vielfältigen Ansätzen. Zugänge „des akteurszentrierten Institutionalismus“ (S. 12) werden mit handlungstheoretischen, (gruppen-)biographischen, mentalitäts- und emotionsgeschichtlichen Akzenten kombiniert. Die Verzahnung von Medien- und Sicherheitsgeschichte wird mit dem BMI-Verständnis von Kulturpolitik als „Teil des positiven Verfassungsschutzes“ (S. III) begründet.

In vier zumeist chronologisch angeordneten Hauptkapiteln stellt Palm zunächst Strukturen von BMI und Kulturabteilung sowie berufliche, sozio-kulturelle und nationalsozialistische Prägnungen der Ministerialbeamten biographisch dar (I). Anschließend werden Aushandlungen bei der Neuordnung der Medien zwischen 1949 und 1956 und Konflikte des BMI mit Alliierten, Bundeskanzleramt, Filmwirtschaft und Verlegerverbänden fokussiert (II). Im weiteren Verlauf rückt für die Jahre von 1956 bis 1967 stärker der Antagonismus zwischen dem BMI und der Medienöffentlichkeit in den Blick (III). Das knappe letzte Hauptkapitel behandelt vor dem ausführlichen Fazit die Krise der ab 1970 durch Fusionen geschwächten Kulturabteilung (IV).

Als kleinste Abteilung des BMI kämpfte sie seit 1949 innerministeriell um Relevanz, tritt mit Institutionen des Kulturföderalismus um medienpolitische Zuständigkeiten und mit der Medienöffentlichkeit um politische Deutung. Die Ministerialbeamten der Kulturabteilung verstanden, so

kann Palm mit zahlreichen „biografischen Einzelstudien“ (S. 514) anhand bisher unzugänglicher Personalakten aufzeigen, mit etatistischen, christlich-konservativen und antikommunistischen Traditionslinien die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit im „permanenten Ausnahmezustand“ des Kalten Krieges (S. 255) als potenzielle Gefährdung für die Stabilität der Bundesrepublik. Diese auf das Kaiserreich, Weimar und Verstrickungen in den Nationalsozialismus verweisende Kontinuität paternalistischer und kulturkritischer Gesellschaftsauffassungen leitete, so Palm, auch die im BMI vorherrschende Annahme von einer starken Medienwirkung (S. 298). Sie bot weitere Legitimation für die Kontrolle der Medien, die hingegen gefördert wurden, wenn sie durch zustimmende Informationen über die Bundesregierung die öffentliche Meinung formten.

Stark den Referenten Carl-Heinz Lüders fokussierend untersucht Palm im zweiten Hauptkapitel dessen medienpolitische Initiativen, mit denen er zumeist in Interessenkonflikten, v. a. mit dem Kanzleramt und Länderregierungen, scheiterte. Das gilt besonders für seinen Entwurf für ein Bundespresseggesetz von 1952. Dessen antiberaler Anstrich, etwa bei Pressebeschränkungen im Fall des Staatsnotstandes, wurde zudem in der bereits in den 1950er Jahren kritischen Medienöffentlichkeit vehement abgelehnt.

Mit Lüders Wechsel ins Auswärtige Amt begründet Palm akteurszentriert die Zäsur des Jahres 1956 mit dem Wandel medienpolitischen Handelns der Kulturabteilung. Diese ministerielle Binnensicht könnte geweitet werden, wenn etwa die von Palm erwähnten Urteile von 1957 und 1961, mit denen das Bundesverfassungsgericht u. a. „presserechtliche Vollregelungen seitens des Bundes“ (S. 274) untersagte, noch vertiefter untersucht würden. Palm erkennt für die 1960er Jahre eine stärkere Hinwendung der Kulturabteilung zur Studierendenförderung, zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Zugleich prägten Verschärfungen im Kalten Krieg, öffentliche Auseinandersetzungen und die Anstellung von NS-belasteten Mitarbeitern das zunehmend sicherheitspolitische Agieren der Kulturabteilung. Doch entfernt sich das dritte Hauptkapitel „Staatsschutz versus Meinungsfreiheit“ mit Darstellungen zur rigiden Förderpolitik des BMI gegenüber dem regierungskritischen SDS, zur journalistischen Informationsfreiheit, zum Quellen- und Zeugenschutz bei Verdacht von Geheimnisverrat bzw. zum Ehreenschutz für NS-Belastete mitunter von der medienpolitischen Begriffsspanne „Fördern und Zensieren“ und tendiert zu einer bisweilen rechtsgeschichtlichen Variante von „Überwachen und Strafen“.

Doch fern von panoptischer Macht scheitern bis 1967 erneute Anläufe des BMI für ein Presse-notstandsgesetz. Trotz zugestandener Lernprozesse im Umgang mit Medien und Öffentlichkeit konnten Palm zufolge die Ministerialbeamten den Relevanzverlust der Kulturabteilung im BMI angesichts gesellschaftlichen und politischen Wandels zur Zeit der Großen Koalition sowie zunehmender Kommissionsarbeit nicht aufhalten. Die in der Michel- und Günther-Kommission behandelten Fragen der Wettbewerbsgleichheit im Medienmarkt, der Pressekonzentration und Tendenzen zum kommerziellen Hörfunk und Fernsehen werden allerdings zum Schluss recht knapp abgehandelt.

Hier wären Vertiefungen zur Positionierung des BMI gegenüber fortgesetztem Medienwandel möglich gewesen, wenn die erkenntnisreiche biographische Ausleuchtung der NS-Vergangenheit der BMI-Akteure in ihrer Vielzahl und phasenweise redundanten Detailfülle gestrafft und so die Binnensicht auf die Kulturabteilung gelockert worden wäre. Zugleich schreibt die Studie den seinerzeit von den BMI-Akteuren forcierten Antagonismus mit der Medienöffentlichkeit in gewisser Weise fort – nunmehr gleichsam vonseiten der mitunter zu widerspruchsfrei übernommenen Pressekritik am ministeriellen Handeln (S. 283, 380). Dies überrascht insofern, da leitende Akteure der zitierten Magazine *Spiegel*, *Stern* und *Quick* ebenso mit dem Nationalsozialismus verstrickt waren. Potenziell ähnliche NS-Horizonte und biographiepolitische Beschönigungen bei Ministerial- und Medienakteuren werden jedoch lediglich kurz erwähnt (S. 398). Die Berücksichtigung der mit (absatz-)politischen Interessen verschränkten medialen Machtstrukturen hätten zudem den Begriff der Medienöffentlichkeit differenzieren können, während Andeutungen, dass Beobachtungen der DDR-Propaganda die Medienpolitik des BMI leiteten, weitergehende Überlegungen wert sind.

Gleichwohl gelangt die Autorin mit ihrer quellen-sättigten Studie zu aufschlussreichen Einsichten in wenig bekannte medienpolitische Auseinandersetzungen des BMI, spürt plausibel administrative Arbeits- und Kommunikationspraktiken auf und weist tradierte Denkmuster sowie vergangenheitspolitische Motive von Ministerialbeamten der „zweiten und dritten Reihe“ (S. 475) nach.

Norbert Grube

Prof. Dr. Norbert Grube, Pädagogische Hochschule, Zentrum für Schulgeschichte, Lagerstrasse 2, LAA-K034, 8090 Zürich, Schweiz, norbert.grube@phzh.ch

Andreas A. Riedl

Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess

Demokratiethoretisch fundierte Performanz zwischen Wollen, Sollen und Können

Köln: Halem, 2024. – 464 S.

ISBN 978-3-86962-662-8 (Print),

978-3-86962-661-1 (OA-pdf)

https://doi.org/10.1453/OA_2024_9783869626611

Die mit dem Herbert-von-Halem-Promotions-Förderpreis ausgezeichnete Dissertation von Andreas A. Riedl untersucht, *welche* Einflüsse *wie* auf Nachrichtenqualität wirken. Eine der größten Stärken der Arbeit, um das direkt vorwegzunehmen, ist dabei der Anspruch an eine konsequente Verbindung einer normativen und analytischen Perspektive.

Im Theorieteil legt Riedl dafür wichtige Grundlagen: Er präsentiert eine demokratiethoretische Neubewertung journalistischer Nachrichtenqualität und bietet Erklärungsansätze, um zu verstehen, wie Nachrichtenqualität zustande kommt. Dazu konzeptionalisiert er Nachrichtenqualität als journalistischen Prozess aus der Perspektive der soziologischen Akteur:innen-Struktur-Dynamik nach Schimank.

Für die demokratiethoretische Fundierung der Nachrichtenqualität geht Riedl der Frage nach, wie Nachrichten präsentiert werden sollten und was sie für die Gesellschaft leisten müssen vor dem Hintergrund unterschiedlicher normativer Annahmen über Demokratie. Er unterscheidet dafür zwischen dem repräsentativen, dem deliberativen und dem partizipatorischen Demokratiemodell. Je nach eingenommener demokratiethoretischer Perspektive, so die Argumentation, muss die Performanz des Journalismus anders bewertet werden. Aus den Modellen leitet er drei Formen von Nachrichtenqualität ab: deskriptive Nachrichtenqualität im repräsentativen Modell, diskursive Nachrichtenqualität für das deliberative Modell und aktivierende Nachrichtenqualität für das partizipatorische Modell. Diese Formen werden dann jeweils auf zwei Achsen differenziert: *professionelle Standards* sowie *Vielfalt der medial repräsentierten Akteure*. Die so entwickelten Kriterien dienen später als abhängige Variablen in den empirischen Analysen der österreichischen Medienlandschaft.

Den zweiten Teil seiner theoretischen Überlegungen leitet Riedl mit der Feststellung ein, dass die gegenwärtige Qualitätsforschung nahezu ausschließlich deskriptiv ist. Bisherige Ansätze, z. B. Mehrebenenmodelle, würden zwar Einflussfaktoren systematisieren, werden aber eher auf die